## S 10 AS 809/17

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land -

Sozialgericht Landessozialgericht Sachsen-Anhalt Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie Urteil Bemerkung -

Rechtskraft -

Deskriptoren Pkw

Einkommen Sachbezug

geldwerte Einnahme

Dienstwagen private Nutzung

ersparte Aufwendungen

Leitsätze 1. Die Überlassung eines Dienstwagens

zur privaten Nutzung im Rahmen der Ausübung einer Erwerbstätigkeit stellt eine als Einkommen zu berücksichtigende Einnahme in Geldeswert dar, wenn der

Sachbezug vom Arbeitnehmer als Gegenleistung für seine Arbeits- bzw

Dienstleistung akzeptiert wird. Dem steht

nicht entgegen, dass eine solche

Sachleistung nicht allgemein veräußert bzw in Geld getauscht werden kann.

2. Soweit der Sachverhalt keine konkrete wirtschaftliche Bewertung eines solchen Sachbezugs nach seinem Verkehrswert

erlaubt, kann auf die steuerliche

Bewertung zurückgegriffen werden, wenn

damit offensichtlich keine höhere Bewertung als mit dem Verkehrswert

erfolgt.

Normenkette SGB II § 11a Abs 5 Nr 2

SGB II § 11 Abs 1 Satz 2

**SGB II § 11** 

Alg II-V aF § 2 Abs 6

1. Instanz

Aktenzeichen S 10 AS 809/17

Datum 26.10,2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 AS 596/20 Datum 20.06.2024

## 3. Instanz

Datum -

Das Urteil des Sozialgerichts Halle vom 26. Oktober 2020 wird aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Kosten sind in beiden Rechtszügen nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Die KlĤger und Berufungsbeklagten (im Folgenden nur: KlĤger) begehren hĶhere Leistungen zum Lebensunterhalt. Die Beteiligten streiten, darüber, ob Vorteile aus der Ã∏berlassung eines Dienstwagens zur privaten Nutzung als Einkommen zu berücksichtigen sind.

Schon vor dem Zeitraum Dezember 2016 bis November 2017 (Streitzeitraum) erhielten die damals noch nicht miteinander verheirateten KlĤger als Bedarfsgemeinschaft laufende, ihr Einkommen aus nichtselbstĤndiger TĤtigkeit ergĤnzende, Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch â∏ Grundsicherung für Arbeitsuchende, jetzt: Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) vom Beklagten. Am 17. Oktober 2016 beantragten sie die Fortzahlung dieser Leistungen. Sie bewohnten im Streitzeitraum eine 40 qm groÃ∏e Mietwohnung, für die sie eine Miete von insgesamt 350 Euro monatlich zu zahlen hatten.

Die 1963 geborene Kl $\tilde{A}$ ¤gerin zu 1)  $\tilde{A}$ ½bte seit 2012 und auch im Streitzeitraum eine T $\tilde{A}$ ¤tigkeit bei der Firma  $\hat{a}$  $\square$ Z. G. $\hat{a}$  $\square$  (Inhaber: G. G.) als Kurierfahrerin f $\tilde{A}$ ½r 10 Stunden w $\tilde{A}$ ¶chentlich aus.

GemÃxÃ| dem Arbeitsvertrag stellte ihr der Arbeitgeber zur AusÃ $\frac{1}{4}$ bung ihrer TÃxtigkeit einen Dienstwagen zur VerfÃ $\frac{1}{4}$ gung und gestattete â||| nach den weiteren Bestimmungen als freiwillige Leistung â|||0 dessen private Nutzung. Die Betriebs- und Unterhaltskosten sollten vom Arbeitgeber zu tragen sein. Die Ã|0 berlassung des Kfz zu dienstlichen als auch zu privaten Zwecken sollte vom Arbeitgeber jederzeit widerrufen werden kÃ|9nnen. FÃ|4r diesen Fall sollte die KlÃx9gerin keinen Anspruch auf âx1 Ersatz des Nutzungsausfallsâx1 haben.

Die Auszahlung des Lohns erfolgte im laufenden Monat. Ausweislich der Lohn- und Gehaltsabrechnungen erhielt die Klägerin zu 1) im Dezember 2016 ein Gehalt in Höhe von 295,00 Euro (brutto). Des Weiteren wurde in der Abrechnung ein â∏Sachbezug PKWâ∏ in Höhe von 128,26 Euro ausgewiesen. Nach den Abzügen für die Sozialversicherung in Höhe von 47,26 Euro wurde der Betrag

â∏Sachbezug PKWâ∏ als â∏Pers. Be-/Abzügeâ∏ in Höhe 128,26 Euro vom Nettoverdienst abgezogen, sodass insgesamt 247,47 Euro zur Auszahlung gelangten. Ab Januar 2017 erhöhte sich das monatliche Gehalt der Klägerin auf 300,00 Euro brutto. Nun wurden ihr 152,00 Euro als Sachbezug Pkw ausgewiesen, so dass sie eine Auszahlung von 249,58 Euro monatlich erhielt.

Der 1967 geborene Kläger zu 2) war seit dem Jahr 2000 und auch im Streitzeitraum ebenfalls bei dem â∏Z. G.â∏ beschäftigt. Er erhielt im Streitzeitraum einen gleichbleibenden monatlichen Bruttolohn i.H.v. 767,00 Euro (614,03 Euro netto, einmalig für Dezember 2016 614,62 Euro netto, ab Januar 2017 wieder 614,03 Euro netto).

Mit Bescheid vom 9. November 2016 bewilligte der Beklagte den KlĤgern Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts fýr den Zeitraum vom 1. Dezember 2016 bis zum 30. November 2017 in Höhe von monatlich insgesamt 485,43 Euro (für die Klägerin zu 1) 242,71 Euro und für den Kläger zu 2) 242,72 Euro). Die Bewilligung erfolgte im Hinblick auf die noch vorzulegenden Lohnnachweise vorläufig. Die tatsächlichen Unterkunfts- und Heizungskosten übernahm der Beklagte vollständig in die Bedarfsberechnung. Bedarfsmindernd berücksichtigte er bei der Klägerin zu 1) einen Nettoverdienst in Höhe von 376,00 Euro und bei dem Kläger zu 2) einen in Höhe von 614,62 Euro.

Gegen diese Bewilligung erhoben die Kläger mit Schreiben am 24. November 2016 Widerspruch, wobei sie sich nur gegen die BerÃ⅓cksichtigung des â∏Sachbezugs PKWâ∏ wandten.

Am 24. Februar 2017 erlieà der Beklagte einen â vorlà ufigen à nderungsbescheid im Widerspruchsverfahrenâ n mit welchem er lediglich die Regelbedarfserhà hung ab dem 1. Januar 2017 berà kesichtigte (Januar 2017 bis November 2017 Leistungen in Hà he von monatlich 246,71 Euro fà far die Klà gerin zu 1) und fà far den Klà ger zu 2) 246,72 Euro).

Im à brigen wies der Beklagte den Widerspruch zurà 4ck (Widerspruchsbescheid vom 24. Februar 2017). Abgesehen von dem hà heren Regelbedarf ab Januar 2017 sei der Widerspruch unbegrà 4ndet. Insbesondere der â Sachbezug PKWâ sei zu Recht berà 4cksichtigt worden. Die unentgeltliche à berlassung eines Firmenfahrzeugs stelle einen Sachbezug im Sinne eines geldwerten Vorteils dar, welcher nach § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II als Einkommen zu berà 4cksichtigen sei. Eine Privilegierung dieses Einkommens nach § 11a Abs. 5 Nr. 2 SGB II liege nicht vor, weil die Lage der Klà 2gerin zu 1) durch den unentgeltlichen Vorteil so gà 4nstig beeinflusst werde, dass daneben keine Leistungen nach dem SGB II gerechtfertigt wà 2ren. Der Arbeitgeber erlaube der Klà 2gerin zu 1), das Dienstfahrzeug auch privat zu nutzen, und trage die erforderlichen Aufwendungen. Es genà 4ge zudem schon, dass das Dienstfahrzeug zur Verfà 4gung stehe.

Hiergegen haben die Kl $\tilde{A}$  $^{\mu}$ ger am 13. M $\tilde{A}$  $^{\mu}$ rz 2017 beim Sozialgericht (SG) H. Klage erhoben. Die Ber $\tilde{A}$  $^{\mu}$ cksichtigung des  $\tilde{A}$  $^{\mu}$ Sachbezugs PKW $\tilde{A}$  $^{\mu}$  als Einkommen sei fehlerhaft. Entsprechende wirtschaftliche Vorteile aus einer privaten

Dienstwagennutzung stellten keine Einnahme in Geld oder Geldeswert dar und seien deshalb nicht zu ber $\tilde{A}^{1/4}$ cksichtigen.

Der Beklagte hat seine Ansicht verteidigt, den â Sachbezug PKWâ als Einkommen anzurechnen. Durch die auch private Nutzung des Dienstfahrzeugs erspare sich die Klà gerin zu 1) die Anschaffung eines eigenen Fahrzeugs sowie die dafà 4 anfallenden Kosten. Weil der Pkw zur freien Verfà 4 gung stà 4 nde, liege keine zweckbestimmte Einnahme vor. Der entgeltliche Vorteil habe auch einen Marktwert, weil die Klà gerin sich als Arbeitnehmerin den Betrag unter Verzicht einer privaten Nutzung des Dienstwagens auszahlen lassen kà nne. Der Einkommensvorteil bestehe in HÃ he des ausgewiesenen Sachbezugs durch den Arbeitgeber.

Eine endgýltige Festsetzung der hier streitgegenständlichen Leistungen erfolgte nicht.

Mit Urteil vom 26. Oktober 2020 hat das SG den Bescheid des Beklagten vom 9. November 2016 in der Fassung des Bescheides vom 24. Februar 2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 24. Februar 2017 aufgehoben und den Beklagten verpflichtet, den Kl\( \tilde{A}\) zu 1) und zu 2) jeweils weitere Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes für den Monat Dezember 2016 in Höhe von 64,31 Euro sowie für die Monate Januar bis November 2017 in Höhe von 68,13 Euro monatlich zu gewĤhren. Die Berechnung der Leistungsansprļche sei jeweils unter Berücksichtigung des reinen monatlichen Netto-Verdienstes der Klägerin zu 1) im Sinne des ̸berweisungsbetrages ohne Anrechnung des â∏∏Sachbezugs PKWâ∏∏ vorzunehmen. Bei dem in den Lohn- und Gehaltsabrechnungen aufgeführten Betrag â∏Sachbezug PKWâ∏∏ handele es sich weder um eine Einnahme in Geld noch um eine Einnahme in Geldeswert. Diese Einnahme kA¶nne auch nicht regelsatzmindernd berücksichtigt werden. Der als â∏Sachbezug PKWâ∏ ausgewiesene Betrag sei der Klägerin nicht in Geld zugeflossen, sondern nur zu steuerlichen Zwecken ausgewiesen. Zwar erspare sich die KlĤgerin eigene Aufwendungen für die Anschaffung und den Unterhalt eines Kraftfahrzeugs zu privaten Zwecken. Dies sei auch eine Gegenleistung für die geleistete Arbeit und daher materieller Bestandteil des Arbeitsentgelts. Gleichwohl handele es sich nicht um eine den Bedarf mindernde Einnahme nach § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II. Nichts Anderes sei den Regelungen der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung a.F. (Alg II-V a.F.) zu entnehmen. Sonstige Einnahmen in Geldeswert seien nach § 2 Abs. 6 Satz 1 Alg II-V a.F. mit ihrem Verkehrswert als Einkommen anzusetzen. Die Möglichkeit, das Dienstfahrzeug auch für private Fahrten nutzen zu dürfen, könne nicht als Einkommen angerechnet werden. Diese Möglichkeit habe keinen Marktwert. Die Klägerin zu 1) kä¶nne den ihr gestellten Dienstwagen zwar kostenfrei privat nutzen, diese Privatnutzung jedoch weder veräuÃ∏ern noch in Geld tauschen. Ausweislich des Arbeitsvertrages kA¶nne die Gestattung der Privatnutzung vom Arbeitgeber jederzeit widerrufen werden. Dies erfolge â∏∏ ausweislich des Arbeitsvertrages der Klägerin zu 1) â∏ ohne einen hierdurch bedingten Anspruch auf Ersatz des Nutzungsausfalls. Dass sich die KlĤgerin zu 1) â∏∏ wie der Beklagte behaupte â∏∏ aufgrund eines Verzichts auf die private Nutzung des Dienstwagens den Betrag â∏Sachbezug PKWâ∏ hätte auszahlen

lassen können, ergebe sich hieraus gerade nicht. Ebenso könnten ersparte Aufwendungen nach dem SGB II nicht regelsatzmindernd berücksichtigt werden. Zum einen seien die ersparten Aufwendungen für das Kfz schon nicht regelsatzrelevant. Zum anderen könnten im SGB II ersparte Aufwendungen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie als Einkommen behandelt werden könnten, was â $\square$  wie bereits dargestellt â $\square$  nicht der Fall sei.

Am 17. November 2020 hat der Beklagte gegen das ihm am 29. Oktober 2020 zugestellte Urteil Berufung eingelegt. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts [BSG] (Bezugnahme auf Urteil vom 26. Februar 2016 â∏ B 4 AS 159/12) sei durch die Neufassung der <u>§Â§ 11</u> ff. SGB II überholt. Er hat auf ein Urteil des SG B. (vom 5. MÃxrz 2019 â∏ S 127 AS 16902/16) verwiesen, wonach der mit der privaten Nutzbarkeit eines Dienstwagens verbundene wirtschaftliche Vorteil als sonstige Einnahme in Geldeswert zu berücksichtigen sei. Mit der ab dem 1. August 2016 geltenden GesetzesĤnderung seien Einnahmen in Geldeswert auch weiterhin zu berücksichtigen, wenn sie â□□ wie hier â□□ im Rahmen einer ErwerbstĤtigkeit zuflĶssen. Die Einnahme habe Geldeswert, weil die KlĤgerin zu 1) sich sĤmtliche Ausgaben fļr die Nutzung des Pkw erspare. Auch Fahrtkosten für den Weg zur Arbeit fielen nicht an. Die ersparten Aufwendungen könnten anderweitig für den Bedarf verwendet werden. Die Höhe des bisher berücksichtigten Sachbezuges ergebe sich aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung, welche zum Zeitpunkt der Stellung des ersten vorlĤufigen Bescheides vorgelegen habe. In dieser Abrechnung für den Oktober 2016 sei der Sachbezug mit 128,26 Euro berücksichtigt worden.

Der Beklagte beantragt,

das Urteil vom 26. Oktober 2020 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die KlĤger beantragen,

die Berufung zurļckzuweisen.

Soweit sich der Beklagte auf das Urteil des SG B. beziehe, sei dieses nicht mit dem Einkommensbegriff in Einklang zu bringen. Das Gericht fÃ $^1$ /4hre selbst aus, dass die NutzungsmÃ $^1$ glichkeit des Dienstwagens nicht in Geld umgewandelt werden kÃ $^1$ nne und insoweit auch nicht fÃ $^1$ /4r den Lebensunterhalt eingesetzt werden kÃ $^1$ nne. Soweit es sich auf die Einsparungen bezogen habe, sei hier noch nicht einmal geklÃ $^1$ xrt, ob wirklich Einsparungen vorliegen wÃ $^1$ /4rden. Abgesehen davon mÃ $^1$ /4sse fÃ $^1$ /4r ein Einkommen ein â $^1$ 0 Mehrâ $^1$ 1 an Einnahmen vorhanden sein. Die bloÃ $^1$ 1 Einsparung von Ausgaben habe allerdings keinen Einfluss auf die Einnahmenseite.

Die Beteiligten haben einer Entscheidung ohne  $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndliche Verhandlung zugestimmt.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der VerwaltungsvorgĤnge des Beklagten ergänzend verwiesen. Diese sind Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des Beklagten hat Erfolg.

Der Senat konnte mit EinverstĤndnis der Beteiligten gem. <u>ŧ 124 Abs. 2</u> des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) durch Urteil ohne mýndliche Verhandlung entscheiden.

- I. Gegenstand des Verfahrens ist die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des SG vom 26. Oktober 2020, mit dem es dessen â mittlerweile durch Zeitablauf endg A¼ltige (vgl. BSG, Urteil vom 18. Mai 2022 â B 7/14 AS 1/21 R- juris) â Bewilligung gem A A Bescheid vom 9. November 2016 in der Fassung des Bescheides vom 24. Februar 2017 und in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 24. Februar 2017 aufgehoben und den Beklagten verurteilt hat, den Kl A gern zu 1) und zu 2) jeweils weitere Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes f A¼r den Monat Dezember 2016 in H A he von 64,31 Euro sowie f A¼r die Monate Januar bis November 2017 in Fl he von 68,13 Euro monatlich zu gew A zhren.
- II. Die danach statthafte (§Â§ 143, 144 SGG) und auch im Ã□brigen zulässige, insbesondere form- und fristgerecht eingelegte (§ 151 SGG) Berufung ist begründet. Das Urteil ist aufzuheben, weil die Anfechtungs- und Leistungsklage der Kläger unbegründet ist. Sie haben keinen Ã⅓ber die angefochtene Bewilligung hinausgehenden Anspruch. Insbesondere ist der geldwerte Vorteil aus der Ã□berlassung des Dienstwagens zur Privatnutzung anspruchsmindernd als Einkommen zu berücksichtigen.
- 1. Der Beklagte und das SG haben die Kläger zu 1) und 2) zu Recht als nach dem SGB II anspruchsberechtigt angesehen. Sie haben das 15. Lebensjahr vollendet, die Altersgrenzen nach § 7a SGB II noch nicht erreicht, lebten im Streitzeitraum zusammen in einer Bedarfsgemeinschaft (§ 7 Abs. 3 Nr. 1 SGB II), waren erwerbsfähig und hatten ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland (§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 und 4 SGB II). Ausschlusstatbestände nach § 7 Abs. 4, 4a oder 5 SGB II lagen nicht vor.
- 2. Die Kläger waren auch hilfebedürftig (§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, § 9 Abs. 1 und 2 SGB II), denn sie waren nicht in der Lage, ihren Bedarf (Regelbedarf gemäÃ∏ § 20 SGB II sowie Bedarfe für Unterkunft und Heizung gemäÃ∏ § 22 SGB II) aus eigenem zu berücksichtigendem Einkommen oder Vermögen vollständig zu decken.

Im Streitzeitraum bestand ein Regelbedarf der Kläger zu 1) und 2) in Höhe von je 364,00 Euro für Dezember 2016 bzw. 368,00 Euro für die Monate Januar bis November 2017. Anhaltspunkte für Mehrbedarfe bestehen nicht. Die Bedarfe der Unterkunft und Heizung betrugen 350,00 Euro monatlich, welche (kopfanteilig) in Höhe von jeweils 175,00 Euro bei beiden Klägern zu berücksichtigen waren.

3. Die aus den BeschĤftigungen der KlĤger herrļhrenden Einnahmen in Geld und die als geldwerter Vorteil gewĤhrte Privatnutzung des Dienstwagens stellten Einkommen dar, das bedarfsmindernd zu berļcksichtigen ist.

Als Einkommen sind Einnahmen in Geld abzüglich der nach § 11b SGB II abzusetzenden Beträge mit Ausnahme der in § 11a SGB II genannten Einnahmen zu berücksichtigen (§ 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II in der ab dem 1. August 2016 geltenden Fassung). Eine Erweiterung dieser Einkommensdefinition findet sich in § 11 Abs. 1 Satz 2 SGB II, wonach zum Einkommen auch Einnahmen in Geldeswert zählen, die im Rahmen einer Erwerbstätigkeit, des Bundesfreiwilligendienstes oder eines Jugendfreiwilligendienstes zuflieÃ□en. Die gesetzgeberische Entscheidung zu Beibehaltung der Berücksichtigung speziell solcher Gegenleistungen für die geleistete Arbeit gründet darauf, dass es in der Praxis vielfach üblich ist, Arbeitsentgelte ganz oder teilweise durch geldwerte Vorteile bzw. Sachleistungen zu erbringen, und es nicht gerechtfertigt erscheint, eine ungleiche Behandlung von Arbeitsentgelten je nach der Erbringungsform vorzunehmen. Gleichzeitig soll auf diese Weise Versuchen entgegengewirkt werden, die Berücksichtigung von Einnahmen zu umgehen (vgl. BT-Drucks. 18/8041 S. 32).

Einkommen ist nach der stĤndigen Rechtsprechung des BSG grundsĤtzlich alles, was jemand nach Antragstellung wertmĤÄ $\square$ ig dazu erhĤlt (vgl. BSG, Urteil vom 30. Juli 2008 â $\square$  B 14 AS 26/07 R â $\square$  juris Rn. 23; BSG, Urteil vom 30. September 2008 â $\square$  B 4 AS 29/07 R â $\square$  juris Rn. 18). Ein wertmĤÄ $\square$ iger Zuwachs liegt dann vor, wenn die Einnahme eine Ä $\square$ nderung des VermÄ $\square$ gensstandes bewirkt. AuÄ $\square$ erdem muss das Einkommen als bereites Mittel geeignet sein, den konkreten Bedarf im jeweiligen Monat zu decken (vgl. BSG, Urteil vom 29. November 2012 â $\square$  B 14 AS 33/12 R â $\square$  juris Rn. 13 ff.; BSG, Urteil vom 24. Juni 2020 â $\square$  B 4 AS 9/20 R â $\square$  juris Rn. 28). FÃ $^1$ 4r die Frage, ob in einem Zufluss Einkommen zu sehen ist, kommt nicht darauf an, ob dieser einen Marktwert hat, d.h. ob tatsÃ $\square$ chlich eine reale Chance fÃ $^1$ 4r eine Umsetzung einer Einnahme in Geld besteht (vgl. BSG, Urteil vom 10. Mai 2011 â $\square$  B 4 KG 1/10 R â $\square$  juris Rn. 17; BSG, Urteil vom 25. Januar 2012 â $\square$  B 14 AS 101/11 R â $\square$  juris Rn. 20; BSG, Urteil vom 17. Februar 2015 â $\square$  B 14 KG 1/14 R â $\square$  juris Rn. 17). Davon zu unterscheiden ist die Frage, ob bereite Mittel vorliegen (dazu unten).

a) Danach waren gemäÃ∏ <u>§ 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II</u> der im Dezember 2016 in Geld erhaltene Lohn der Klägerin zu 1) in Höhe von 295,00 Euro (brutto) bzw. 247,47 Euro (netto) und ab Januar 2017 in Höhe von 300,00 Euro (brutto) bzw. 249,58 Euro (netto) zu berücksichtigten.

Der arbeitsvertraglich vereinbarte und in den vorgelegten Lohnabrechnungen der KlĤgerin zu 1) von ihrem Arbeitgeber ausgewiesene Sachbezug in Form der privaten NutzungsmĶglichkeit des Dienstwagens stellt ebenfalls zu berĽcksichtigendes Einkommen im Sinne des <u>ŧ 11 Abs. 1 Satz 2 SGB II</u> dar. Dieser â∏Sachbezug PKWâ∏ betrug im Dezember 2016 128,26 Euro bzw. ab Januar 2017 152 Euro.

Der Sachbezug floss der KIägerin zu 1) i.S.d. <u>§ 11 Abs. 1 Satz 2 SGB II</u> im Rahmen

der Ausübung einer Erwerbstätigkeit zu. Denn der Nutzungsvorteil durch Ã∏berlassung des betrieblichen Fahrzeuges zu privaten Zwecken hat hier seine Grundlage im Arbeitsvertrag.

Dieser private Nutzungsvorteil stellt auch eine als Einkommen zu berücksichtigende Einnahme in Geldeswert dar. Einnahmen in Geldeswert sind im Allgemeinen solche, die nicht unmittelbar in Bar- oder Buchgeld bestehen, aber einen in Geld zu bemessenden wirtschaftlichen Wert haben (vgl. BSG, Urteil vom 5. August 2021 â∏∏ B 4 AS 83/20 R â∏∏ juris Rn. 20). In den Fällen der gesetzlich weiterhin vorgesehenen Berücksichtigung von Sachbezügen im Rahmen von Arbeits- bzw. DienstverhĤltnissen als Einkommen gründet sich die Bewertung als Einnahmen in Geldeswert darauf, dass der Sachbezug als Gegenleistung für eine Arbeits- bzw. Dienstleistung erbracht wird (vgl. BSG, a.a.O. â∏∏ juris Rn. 21). Zwar werden Einnahmen in Geldeswert gelegentlich damit umschrieben, dass als ihr Merkmal gelte, dass sie einen â∏∏Marktwertâ∏∏ haben (vgl. Neumann in: BeckOKSozR, Stand 72. Ed. 1. MÃxrz 2024, § 11 SGB II Rn. 7; Schwabe in: BeckOGK (Gagel), Stand 1. Februar 2024, § 11 SGB II Rn. 32; Klerks in: Berlit/Conradis/Pattar, Existenzsicherungsrecht, 3. Aufl. 2019, Kap. 20. B. II. 2. Rn. 61). Aber auch wenn die Sachbezüge im Rahmen eines Arbeits- bzw. Dienstverhältnis â∏∏ wie hier â∏∏ nicht augenscheinlich frei (auf einem â∏Marktâ∏∏) veräuÃ∏erlich bzw. sonst verwertbar sind, sondern nur ver- bzw. gebraucht werden kA¶nnen, kommt eine BerA¼cksichtigung in Betracht. Die Verfügbarkeit eines Sachbezuges im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses folgt jedenfalls daraus, dass er vom Arbeitnehmer anstelle von (hA¶heren) Geldbezügen als Arbeitsentgelt zuvor akzeptiert werden musste (§ 107 Abs. 1 und 2 Gewerbeordnung [GewO]). Dies rechtfertigt es, auf den Wert des Anspruchs abzustellen, wenn Sachbezüge gewährt wurden (vgl. BSG, a.a.O. â∏ juris Rn. 21). Dies steht im Einklang mit den von der Rechtsprechung entwickelten Merkmalen der Einkommensdefinition (s.o.), welche schon vor der RechtsĤnderung zum 1. August 2016 zu den geldwerten Einnahmen gerade zu solchen Sachverhalten (z.B. Erbschaften) klargestellt hatte, dass es für die rechtliche Qualifikation als Einkommen nicht auf eine VerĤuÄ∏erungsmĶglichkeit ankommt. Ob die als Sachleistung gewĤhrte Privatnutzung von BetriebsvermĶgen auch insoweit verfügbar ist, dass sie veräuÃ∏ert bzw. in Geld getauscht werden kann, kann daher für die grundsätzliche Zurechnung als Einkommen nicht relevant sein (anders noch LSG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 26. Februar 2016 â∏ L 4 AS 159/12 â∏ juris Rn. 47). Mithin sind zwei Wertungsebenen zu unterscheiden: Die juristische Einordnung eines Vorteils als geldwert (â∏∏Obâ∏∏) und dessen wirtschaftliche Bewertung (â∏Wievielâ∏∏).

Das â\[\]Obâ\[\] ist schon dann erf\(\tilde{A}\)/4llt, wenn der Betroffene f\(\tilde{A}\)/4r den Erhalt arbeitet und der Sachbezug dementsprechend als Teil der Arbeitsverg\(\tilde{A}\)/4tung gew\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\) hrt wird. So liegt es hier. Dem steht jedenfalls aufgrund der Besonderheiten des vorliegenden Falles nicht entgegen, dass die \(\tilde{A}\)\[\tilde{D}\) berlassung des Pkw im Arbeitsvertrag als freiwillig und jederzeit widerruflich bezeichnet wird. Denn f\(\tilde{A}\)/4r die Gew\(\tilde{A}\)\[\tilde{A}\)rung des Sachbezuges als Arbeitslohn spricht die H\(\tilde{A}\)\[\tilde{N}\)he der Verg\(\tilde{A}\)/4tung und deren Verh\(\tilde{A}\)\[\tilde{A}\]Inis zum Wert des Sachbezuges. Der im Arbeitsvertrag ausgewiesene monatliche Bruttolohn von 295,00 Euro entspricht bei

einer monatlichen Arbeitszeit von 40 Stunden einem Stundenlohn von lediglich 7,38 Euro. Der Mindestlohn betrug seit dem Jahr 2015 aber schon 8,50 Euro ( $\frac{\hat{A}\$ 1 \text{ Abs. 2}}{\hat{A}\$ 1 \text{ Mindestlohngesetz}}$  [MiLoG]). Auch wenn fýr die Erfýllung des neben den arbeitsvertraglichen Anspruch tretenden gesetzlichen Mindestlohnanspruchs nur tatsÃxchliche Zahlungen zu berýcksichtigen sind (vgl. Bundesarbeitsgericht [BAG], Urteil vom 25. Mai 2016 â $_{\Box}$  5 AZR 135/16 â $_{\Box}$  juris Rn. 29), erreicht hier der Wert der arbeitsvertraglich geschuldeten Leistungen zumindest rechnerisch erst bei Hinzurechnung des Sachbezuges den Mindestlohn (10,58 Euro). Im VerhÃxltnis zur vereinbarten Vergütung in Geld ist der Wert der Pkw-Nutzung derart hoch, dass er hier ein ganz prÃxgendes Element der vom Arbeitgeber gewÃxhrten und von der KlÃxgerin zu 1) akzeptierten Gegenleistung ist. Vor diesem Hintergrund lÃxsst sich die Ã $_{\Box}$ berlassung des Fahrzeuges hier auch nicht als â $_{\Box}$ eine Art aufgedrÃxngte Bereicherungâ $_{\Box}$  beschreiben, deren Anrechnung mÃ $_{\Box}$ glicherweise problematisch erscheinen kÃ $_{\Box}$ nnte (vgl. Geiger in: Mýnder/Geiger/Lenze, SGB II, 8. Auflage 2023, Â $_{\Box}$ 1 Rn. 8).

Der geldwerte Vorteil in Form der kostenlosen Privatnutzung des Kfz ist der Klä¤gerin zu 1) auch im Sinne eines sog. bereiten Mittels zugeflossen. Ausschlaggebend ist, ob eine Leistung in dem Monat des Zuflusses tatsä¤chlich zur Verfä½gung stand (st. Rspr. vgl. BSG, Urteil vom 6. Juni 2023 â $\square$  B 4 AS 86/21 R â $\square$  juris Rn. 31 m.w.N.). Bezogen auf Sachbezã¼ge genã¼gt es dafã¼r bereits, dass der Arbeitgeber seiner Verpflichtung aus dem Arbeitsvertrag nachgekommen ist und diese â $\square$  wie hier â $\square$  tatsã¤chlich zur Verfã¼gung gestellt hat. Ob und inwieweit diese dann genutzt werden, stellt lediglich eine nachgelagerte und unbeachtliche Verwendungsentscheidung der Leistungsberechtigten über das ihnen bereits zur Verfã¼gung stehende Einkommen dar (vgl. BSG, Urteil vom 5. August 2021 â $\square$  B 4 AS 83/20 R â $\square$  juris Rn. 23).

Bedenken gegen die Bemessung des geldwerten Vorteils gemã¤ã☐ der Hã¶he der in den Lohnabrechnungen verzeichneten Betrã¤ge hat der Senat nicht. Diese hatte der Arbeitgeber nach <u>§ 8 Abs. 2 Satz 2</u> i. V. m. <u>§ 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2</u> Einkommensteuergesetz (EStG) so zu bemessen, dass fã¼r die private Nutzung eines Kraftfahrzeugs, welches überwiegend (zu mehr als 50 Prozent) betrieblich genutzt wird, fã¼r jeden Kalendermonat ein Prozent des inlã¤ndischen Listenpreises im Zeitpunkt der Erstzulassung zuzã¼glich der Kosten fã¼r Sonderausstattung einschlieÃ☐lich Umsatzsteuer anzusetzen ist. Im Bereich des SGB II existiert zur Bewertung solcher Nutzungsvorteile keine besondere Bestimmung. Insoweit gilt gemã¤Ã☐ der ab 1. August 2016 geltenden Fassung des § 2 Abs. 6 Alg II-V a.F. nur eine allgemeine Bestimmung, wonach zur Bewertung sonstiger Einnahmen aus nichtselbstã¤ndiger Tã¤tigkeit in Geldeswert vom Verkehrswert auszugehen ist.

Konkrete Grundlagen zur Bemessung des Verkehrswertes liegen dem Senat nicht vor. Es kann jedoch die steuerrechtliche Bewertung herangezogen werden (vgl. LSG B.-B., Urteil vom 15. November 2021 â $\square$  L 1 AS 705/19 â $\square$  juris Rn. 50). Diese Bemessung dÃ $^1$ /4rfte jedenfalls nicht zu Ungunsten der Leistungsberechtigten einen höheren Wert als den Verkehrswert zugrunde legen. So ist beispielsweise die Anschaffung eines gÃ $^1$ /4nstigen gebrauchten Kleinwagens nebst Unterhalt in der

Regel nicht günstiger zu erreichen (vgl. SG B., Urteil vom 5. März 2019 â∏ \$ 127 AS 16902/16 â∏ juris Rn. 40). Der ADAC berechnete für das Jahr 2016 und einen im Listenpreis sehr preiswerten Kleinwagen (Dacia Sandero) bereits monatliche Fixkosten (Versicherung usw.) von 86 Euro, Werkstattkosten von 47 Euro und Betriebskosten von 117 Euro, d.h. einen prognostischen Kostenaufwand von 250 Euro monatlich (vgl. ADAC e.V. M., ADAC Autokosten 2016, Stand April 2016, S. 11). Der weit geringere steuerliche Ansatz dürfte daher bei einer unbeschränkten privaten Nutzungsmöglichkeit jedenfalls nicht geringer sein als der Betrag, durchschnittlich monatlich für den Unterhalt aufzuwenden wäre. Die Kläger haben zudem nichts vorgetragen, was für eine niedrigere Bewertung sprechen könnte.

Für die Begrenzung der Bewertung der Ã□berlassung von betrieblichen Kfz zur privaten Nutzung auf Teile des Regelbedarfs (hierfür Geiger in: Münder/Geiger/Lenze, SGB II, 8. Auflage 2023, § 11 Rn. 8; Schwabe in: BeckOGK (Gagel), Stand: 1. Februar 2024, § 11 SGB II Rn. 35) gibt es nach der seit 1. August 2016 geltenden Fassung des § 2 Abs. 6 Alg II-V schon keine Rechtsgrundlage mehr.

- b) Beim Kläger zu 2) waren bei einem gleichbleibenden Bruttolohn i.H.v. 767,00 Euro im Dezember 2016 614,62 Euro (netto) und ab Januar 2017 614,03 Euro (netto) zu berýcksichtigen.
- c) Danach bestehen im Streitzeitraum rechnerisch keine weiteren Ansprüche der Kläger. Der Bedarf der Kläger betrug im Dezember 2016 jeweils 539 Euro (1078 Euro insgesamt) bei einem anrechenbaren Einkommen der Klägerin zu 1) 211,35 Euro und beim Kläger zu 2) von 381,22 Euro. Ihr Anspruch betrug damit jeweils 242,72 Euro. Der Beklagte hatte bereits 242,72 Euro bzw. 242,71 Euro gewährt. Fþr die Zeit ab Januar 2017 bestand ein Bedarf von jeweils 543 Euro (1086 Euro insgesamt). Das anrechenbare Einkommen der Klägerin zu 1) betrug nun 231,18 Euro und beim Kläger zu 2) 380,63 Euro. Ihr Anspruch wäre danach geringer gewesen (jeweils nur 237,10 Euro) als ihnen bewilligt wurde (246,72 bzw. 246,71 Euro).
- III. Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG.
- IV. Gründe für die Zulassung der Revision bestehen nicht.

Erstellt am: 26.07.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024